



Campus Irchel Weiheranlage eingeweiht

Die Universität Zürich (UZH) plant auf dem Campus Irchel in Zürich einen Neubau mit dem Namen Portal UZH. Läuft alles wie vorgesehen, soll dieses Forschungs- und Laborgebäude bis 2035 stehen. Um für den Rochadebau Platz zu schaffen, wurden zwei bestehende Weiher an einen neuen Standort verlegt. Kürzlich weihte Regierungsrat Martin Neukom (Grüne) im östlichen Teil des Irchelparks die Weiheranlage ein. «Was wir hier geschaffen haben, ist eine Umgebung, in der sich mehrere Arten wohlfühlen», sagte der Baudirektor. In den zwei Weihern, ein grösserer und ein kleinerer, soll sich etwa die gefährdete Bauchige Schnauzenschnecke ein neues Zuhause einrichten. Das Tierchen trägt ein nur fünf bis acht Millimeter grosses Häuschen auf seinem Rücken und ist stark gefährdet. (pat.) BILD PASCAL TURIN

AUS DEN PARTEIEN

Grünflächen-Kompensation: Ein Kompromiss von rechts bis links

Die Walliseller Parteien haben sich bezüglich Grünflächen-Kompensation auf einen Kompromiss geeinigt.

Im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 8. Juni haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus allen politischen Lagern auf einen gemeinsamen Kompromiss zur Grünflächenregelung im BZO-Paket 2 geeinigt. Die Abkürzung BZO steht für Bau- und Zonenordnung.

Getragen wird der Vorschlag von Die Mitte, SVP, FDP, Taskforce BZO, HEV, Gewerbeverein, Stadt im Park, Genossenschaft Wohnraum und Aktives Alter, SP, Grünen, GLP und Forum pro Wallisellen. Gemeinsam bitten sie die Stimmberechtigten, diesem Antrag an der Gemeindeversammlung zuzustimmen.

Der Kompromiss umfasst drei zentrale Punkte:

1. In den Wohnzonen und Wohnzonen mit Gewerbeleichterung soll die Grünflächenziffer 40 Prozent betragen. Dies entspricht dem Vorschlag des Stadtrats.
2. Falls die Quartiererhaltungzone (QEZ) an der Gemeindeversamm-

lung abgelehnt wird, soll für dieses Gebiet eine neue Zone W50g geschaffen werden. Dort würde eine Grünflächenziffer von 50 Prozent gelten.

3. In allen Wohnzonen und Wohnzonen mit Gewerbeleichterung, also auch in einer allfälligen W50g-Zone, soll die vorgeschriebene Grünfläche um maximal 50 Prozent reduziert werden können, sofern zusätzliche ökologisch wertvolle Bepflanzungen als Kompensationsmassnahmen umgesetzt werden. Diese müssen im Einklang mit dem kantonalen Planungs- und Baugesetz stehen.

Der Kompromiss trägt die Anliegen aller Seiten mit. Für die Befürworterinnen und Befürworter der Quartiererhaltungzone stand eine stärkere und qualitativ bessere Begrünung im Gebiet der vom Stadtrat vorgeschlagenen Quartiererhaltungzone im Zentrum. Kritische Stimmen stürzten sich hingegen an der hohen Grünflächenziffer und den zusätzlichen Vorgaben in dieser Zone, etwa an der Schrägdachvorschrift.

Mit dem nun gefundenen Vorschlag soll bei Ablehnung der Quartiererhaltungzone der Begrünungswunsch in der Gartenstadt-Region gesichert werden,

ohne zusätzliche bauliche Sonderregelungen für die betroffenen Quartiere einzuführen und gleichzeitig das Privateigentum zu stärken.

Zu den möglichen Kompensationsmassnahmen zählen beispielsweise zusätzliche Bäume, bodengebundene Fassadenbegrünungen oder Dachbegrünungen, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen. Dadurch bleibt mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Aussenräumen erhalten, etwa für Spielplätze oder Aufenthaltsflächen. Neu könnten auch Feuchtbiotope mit einer Folie zu maximal 50 Prozent angerechnet werden.

Die zusätzlichen Begrünungen stärken zudem den sogenannten Schwammstadt-Effekt: Mehr Grünflächen, mittlere und grosse Bäume oder eine erhöhte Humusdichte auf dem Dach helfen, Regenwasser besser zu speichern, die Gebäude und Umgebung im Sommer zu kühlen und das lokale Klima zu verbessern.

Mit diesem breit abgestützten Kompromiss kann zudem die Idee der im letzten Jahr abgelehnten Baumförderung in freiwilliger Form wieder aufgenommen werden, als Anreiz statt als Verpflichtung. (e.)

FDP WALLISELLEN

Es gab spannende Diskussionen

Spannende Diskussion und Zustimmung: Remo Gaus, FDP-Vizepräsident und Schulpräsident, führte kürzlich durch die Parteiversammlung der FDP Wallisellen. Es wurden die Geschäfte der kommenden Gemeindeversammlung vorgestellt und – nach einigen Verständnisfragen von den Anwesenden – alle gutgeheissen.

Für interessanten Gesprächsstoff sorgte insbesondere das BZO-Paket (Bau- und Zonenordnung). Die Mitglieder unterstützten dabei die Anträge der Task Force sowie der überparteilichen Projektgruppe.

Zum Schluss wurde allen FDP-Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie den vielen Wählerinnen und Wählern herzlich gedankt.

Dass die FDP Wallisellen bei den diesjährigen Behördenwahlen in sämtlichen Behörden das beste Resultat erzielen durfte, freut und ehrt die Partei sehr.

Nach dem Sieg des Schweizer Eishockey-Nationalteams klang der Abend bei gemütlichem Zusammensein und guten Gesprächen im Dokortaus aus. (e.)

ECHO

Zwei Steuerprozent für die Kirchenfusion

Die Fusion der Kirchgemeinden von Opfikon, Kloten und Wallisellen sei kein Sparprojekt. Im Gegenteil, die Angebote sollen deutlich ausgebaut werden. Der Personalbestand soll bis 2032 um elf Vollzeitstellen erweitert werden. Das ist eine Erhöhung um über 50 Prozent. Was diese Leute anbieten sollen, ist unklar (180 Stellenprozente nur für die Führung).

Heute finden praktisch keine Hochzeiten mehr statt und auch die Taufen werden kaum mehr nachgefragt. Seniorenferien gemeinsam mit der katholischen Kirchgemeinde bringen grösseren Zusammenhalt und mehr Identität als zusammen mit den Fusionsgemeinden. Welche Angebote fehlen und wie sollen die neuen Kapazitäten eingesetzt werden? Das alles kostet Geld. Der Steuerfuss der Kirchgemeinde Wallisellen soll deshalb von 7 Prozent auf neu 8 Prozent erhöht werden (Opfikon 8 Prozent / Kloten 9 Prozent). Wallisellen geht es finanziell ausgezeichnet. Dank den gut vermieteten Liegenschaften und den Steuereinnahmen konnte die Kirchgemeinde in den Jahren 2021 bis 2025 jährlich mehrere Hunderttausend-Franken-Überschüsse



Die geplante Fusion der Kirchgemeinden Opfikon, Wallisellen und Kloten ist umstritten. BILD PAT

ausweisen (2024: 1,1 Millionen Franken Überschuss). Eigentlich hätte der Steuerfuss schon lange von 7 Prozent auf 6 Prozent reduziert werden können. Im Hinblick auf die Fusion wurde vorsorglich darauf verzichtet. Bei einem Steuerfuss von 8 Prozent wird Wallisellen einen wesentlichen Teil der Mehrkosten finanzieren. Und bereits ab 2030 zeichnet sich gemäss Unterlagen ein Defizit ab. Der Verwaltungssitz ist in Kloten. Die

Führungsstruktur ist nicht klar. Wer führt wo welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Unvermeidbar ist ein erhöhter Sitzungs-, Koordinations- und Reiseaufwand.

Die Kirchgemeindeversammlungen werden abwechselnd in den Gemeinden stattfinden. Ob ich nach Kloten reisen werde, ist kaum anzunehmen. Wer über künftige Investitionen, Budgets und Steuerfuss entscheidet, ist damit dem Zufall überlassen. So gehen Zusammenhalt, Identifikation und Gemeinschaft verloren.

Für mich sind die Vorteile einer Fusion nicht ersichtlich. Der Ausbau des Angebots ist nicht an eine Fusion geknüpft. Das kann jede Gemeinde individuell und bedarfsorientiert entscheiden. Ich werde aus Überzeugung die Fusion ablehnen und ein Nein in die Urne legen.

Alfred Minder

Wohnraum in Kostenmiete

Den Antrag der überparteilichen Arbeitsgruppe, einen Bonus von zehn Prozent zur möglichen Ausnützung in den Wohngebieten Stadtgarten und Gartenstadt zu schaffen, wurde vom Stadtrat

Leserbriefregeln

Der «Anzeiger von Wallisellen» veröffentlicht gern Leserbriefe, idealerweise solche mit Bezug zum Verbreitungsgebiet unserer Zeitung. Die Leserbriefe müssen aber immer mit Vor- und Nachnamen sowie der Wohnadresse gekennzeichnet werden. Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Leserbriefe sollten ausserdem nicht länger als maximal 2000 Zeichen inkl. Leerzeichen sein. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Leserbriefe bitte per E-Mail schicken an: info@awwa.ch

abgelehnt. Die Begründung war, dass in der Bau- und Zonenordnung nur dort ein Bonus geschaffen werden kann, wo aufgezont wird. Die Wohnzone Hofacker wird aufgezont. Es ist (noch) kein Bonus für Wohnraum in Kostenmiete vorgesehen. Ich zähle auf die Gemeindeversammlung, wenigstens dort ein Zeichen zu setzen.

Simone Gatti

ANZEIGE

Jetzt Kinder schützen!



Schon gewusst?
Studien zeigen: Ab einem Anteil von 30 % fremdsprachigen Kindern ist qualitativ guter Unterricht kaum mehr möglich.

In vielen Schweizer Schulklassen können über 50 % der Kinder keine unserer Landessprachen.

Die Folgen:

- ⇒ Das Bildungsniveau sinkt.
- ⇒ Alle Kinder haben schlechtere Zukunftschancen.

Am 14. Juni ein Zeichen setzen und Kinder schützen.

Keine 10-Millionen Schweiz **JA**
nachhaltigkeitsinitiative.ch